

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung dieser Pläne ist es bekannt geworden, daß auch derzeit in Bayern weitläufige General Ludendorff eine rege Propaganda für eine bewaffnete internationale Aktion gegen Sowjetrußland macht. Im Gegensatz aber zu General Hoffmann ist sich General Ludendorff dessen bewußt, daß ein Krieg mit Rußland gar nicht eine solche leichte Sache ist, wie sich das der Held von Bresch-Litovsk denkt. So meint Ludendorff, daß eine Armee, die Sowjetrußland internieren soll, mindestens aus einer Million dreihunderttausend Mann bestehen, und nach dem letzten Wort der Technik bewaffnet werden muß.

Die rege Agitation, die zurzeit einige Vertreter des deutschen Militarismus und Kapitalismus in der Frage einer neuen Intervention in Rußland ausüben, und das Wohlwollen, welches scheinbar diese Herren bei der bayerischen Regierung finden, muß die größte Aufmerksamkeit und Besorgnis aller wahrhaft demokratisch gesinnten Kreise hervorrufen. Denn ein Krieg mit Sowjetrußland würde nichts als ein militärisches Abenteuer bedeuten, das unabsehbare Folgen nach sich ziehen würde. Die Verfechter all dieser Pläne, mögen sich noch so talentvolle Feldherren sein, mögen sie noch so gut im voraus berechnet haben, eins jedoch, und nämlich das wichtigste, ziehen sie nicht in Betracht. Sie vergessen, daß im russischen Volk ein gesundes nationales Empfinden steckt, und daß es vom revolutionären Enthusiasmus begeistert ist. Was aber das hungernde, wirtschaftlich ruinierte und seelisch zermürbte russische Volk leisten kann, wenn es sich in seinen Lebensinteressen bedroht sieht, das hat es gezeigt, als der wohlüberlegte Plan des imperialistischen Polen in Sommer vorigen Jahres zur Ausführung gelangen sollte. Auch bei allen sind frisch die Tage in Erinnerung geblieben, wo das neue Polen unter den Schlägen der russischen Armee fast zusammengebrochen wäre. Und es besteht kein Zweifel darüber, daß bei der Nachricht über einen direkten Angriff der westeuropäischen Mächte auf Sowjetrußland sich das russische Volk derselbe Zorn bemächtigen würde, wie es einst in den Tagen des polnischen Angriffs war. Denn in Rußland wird man eine neue Intervention nicht als einen Versuch betrachten, den Bolschewismus zu stürzen, sondern als das, was sie auch in Wirklichkeit ist, als einen Krieg gegen das russische Volk. Deshalb wird diese Intervention letzten Endes an dem Widerstand des gesamten russischen Volkes zusammenbrechen. Um Europa vor einem neuen Verbrechen zu bewahren, das mit sich Ströme von Blut, unzähligen Leiden und Opfer, eine neue allgemeine Verwilderung mit sich bringen wird, muß heute schon gegen die Pläne über eine bewaffnete Intervention in Rußland und deren Ausführung entschiedene Stellung genommen werden.

Fachministers Wahlversprechen.

Wer glaubt daran?

Berlin, 19. Januar. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft teilt mit: Die bereits wiederholt von unabhängiger Seite in der Öffentlichkeit hervorgehobene, entzweiten die trotz aller Demarkas nicht verkümmerten Behauptungen von einer demnächst erfolgenden Erhöhung der Preise für Brotgetreide, Getreke und Futter der Ernte 1920 je der Grundlauge. Richtig ist nur, daß zurzeit Besprechungen der sogenannten Interkommission zur Feststellung der Indizes für die Veränderung der landwirtschaftlichen Produktionskosten, die als Material für die Preisregelung der Getreidepreise der kommenden Ernte dienen sollen, stattfinden. Diese Besprechungen beziehen sich aber lediglich auf Getreide der kommenden Ernte. Im landwirtschaftlichen Wirtschaftsjahr ist eine Erhöhung der Getreidepreise ausgeschlossen.

So sieht man vor den Wahlen. Was nach den Wahlen sein wird, bleibt abzuwarten. Aber vielleicht genügt für die Wähler, und vor allem für die Frauen der Hinweis, daß die Fachminister nach der nächsten Ernte die Brotpreise auf alle Fälle weiter hinausschieben wollen. Dabei hat man doch vor der Reichstagswahl durch Aufhebung der Zwangswirtschaft billigeres Brot versprochen. Fällt dies mal noch jemand auf bürgerliche Wahlversprechen herein?

Die Parasiten.

Roman von Bernhard Kliges.

14.

(Nachdruck verboten.)

6. Kapitel.

Jacob hielt den Brief in den Händen. Stumm immer und immer wieder auf das Gesicht. Sonst hat Schreck nicht gelassen. Er wollte nicht in seinen Schweiß, daß er mit einem Schlag beide Kinder verlor. Ein verpackter Koffer stand auf in seinem Zimmer.

„Es kann nicht wahr sein!“ holte es in seinem Innern. Ein Gedanke lag er so, und es war leer vor es in seinem Innern. Dann stand er auf, schüttelte das Papier und umarmte den Koffer mit zitternden Fingern.

„Polizeimeister“, sagte er, „ich werde meine Kinder an Dir rufen!“

Seine Stimme hallte wider in dem leeren Zimmer, brach sich an den Wänden und glückte ihm ins Ohr. Ein leises Klirren ging durch den Raum.

Die Tür öffnete sich und Stokarski trat ein. Nicht die Polizei in der Hand, keine Schube waren das Gesicht.

„Du“, sagte er zu Jacob, der mitten im Zimmer stand und mit leeren Blick den Eintretenden betrachtete. „Dynamo ist hier!“

„Wo?“ rief Jacob aus.

„Er“ rief Stokarski wieder. „Ich habe ihn wieder gefunden. Er hat zu seinem Vater und hat sich am Abendmahl. Ich bin noch heute hier, und ich habe ihn gefunden. Er hat sich in den Wald, in dem er lebt.“

„Wo?“ rief Jacob aus.

„Er“ rief Stokarski wieder. „Ich habe ihn wieder gefunden. Er hat zu seinem Vater und hat sich am Abendmahl. Ich bin noch heute hier, und ich habe ihn gefunden. Er hat sich in den Wald, in dem er lebt.“

Gegen die oberschlesischen Abstimmungsbedingungen.

Deutsche Protestnote gegen die Bevorzugung der Polen.

Die deutsche Regierung hat gegen die von der Interalliierten Kommission in Opatow erlassenen Vorschriften für die Abstimmung in Oberschlesien bei der Volksabstimmung und den Regierungen in Paris, London und Rom eingehend begründeten Einspruch erhoben. Die Note, die gegen den genannten Stellen übergeben wurde, hat folgenden Wortlaut:

Die Interalliierte Kommission für Regierung und Volksabstimmung in Oberschlesien hat unter dem 30. Dezember 1920 die Vorschriften für die Abstimmung in Oberschlesien erlassen, die vom deutschen Bevollmächtigten in Opatow erst am 4. Januar 1921 übergeben worden sind. Diese Vorschriften sind erlassen worden, ohne daß der Interalliierte Ausschuss, wie es seinerzeit in Opatow und Westpreußen der Fall war, über ihren Inhalt mit dem deutschen Bevollmächtigten in Opatow oder einer der in Oberschlesien vorhandenen Organisationen der Deutschschlesier zugehörigen Abstimmungsvereinigungen in Verbindung getreten wäre. Auch vor dem Interalliierten Ausschuss genehmigte parlamentarische Beschlüsse sind nicht eingehalten worden. Demgegenüber liegen zuverlässige Meldungen vor, daß den Polen Gelegenheit gegeben worden ist, ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen. Gegen die vorliegenden Abstimmungsbedingungen muß Widerspruch erhoben werden. Sie enthalten einmal unannehmliche Beschränkungen des Friedensvertrages, sodann Bestimmungen, die sich als unbillig, einseitig gegen den deutschen Teil der Stimmberechtigten gerichtete Härten darstellen und endlich solche, die technisch undurchführbar sind. Die deutsche Regierung bezieht sich daher, in den Anlagen eine Zusammenstellung der deutschen Forderungen zu den einzelnen Artikeln der Vorschriften für die Abstimmung in Oberschlesien vom 30. Dezember 1920 nebst einer Denkschrift zu überlegen, in der die wesentlichen Gründe der Abstimmungsbedingungen zu ergebenden Anstände dargelegt werden.

I. Verletzungen des Friedensvertrages, und zwar lediglich zum Nachteil der deutschen Interessen erlährt die deutsche Regierung darin, daß 1. die kleinen Güterbezirke nicht als selbständige Wahlbezirke anerkannt werden; 2. den Gemeinden Gutzsch, Düschütz und Sandau im Kreise Ratibor die Abstimmungsvereinerung verweigert wird. Eine weitere Verletzung des Vertrages würde es bedeuten, wenn, wie Artikel 10, letzter Absatz, es in Aussicht nimmt, ohne Zustimmung der beteiligten Mächte verschiedene Wahlkreise festgelegt werden sollten, da hierdurch die nach dem Friedensvertrag zu fordernde Einheitslichkeit des Wahlkreises verletzt werden würde. Die deutsche Regierung kann in diesem Punkt auf ihre Note an die Königlich großbritannische Regierung vom 10. Dezember und auf ihre Note an die polnische Regierung vom 4. Januar verweisen.

II. Den Grundrissen der Billigkeit und dem Geiste des Friedensvertrages widersprechende nachfolgende Bestimmungen:

1. Die Vorschrift, wonach diejenigen Personen, die auf Grund ihres Wohnortes zur Abstimmung berufen sind, nur dann stimmberechtigt sein sollen, wenn sie mindestens seit dem 1. Januar 1914

im Abstimmungsgebiet ununterbrochen wohnen. Diese Bestimmung begünstigt offensichtlich die Polen und benachteiligt viele Zehntausende von Deutschen, denn die Entwicklung der oberschlesischen Industrie in den letzten beiden Jahrzehnten hat große Mengen von Arbeitern, Technikern, Ingenieuren, Kaufleuten und Angehörigen der freien Berufe aus dem übrigen Deutschland dorthin geworben.

2. Die Vorschriften des Artikels 25 und 26 über die Eintragung in die Stimmlisten, die Voraussetzungen, an die hier die Eintragung der in Oberschlesien geborenen, aber außerhalb wohnenden Stimmberechtigten und der in Oberschlesien wohnenden aber außerhalb geborenen Stimmberechtigten geknüpft wird, könnten kaum anders gefaßt sein, wenn man es darauf abgesehen hätte, diesen Teil der Stimmberechtigten von der Abstimmung auszuschließen.

3. Die Fristen, die im Artikel 10 für die verschiedenen Vorbereitungsarbeiten zur Volksabstimmung vorgesehen werden, sind völlig unzureichend, da es technisch unmöglich ist, die Stimmberechtigten innerhalb der vorgesehenen Fristen von drei Wochen sämtlich einzutragen. Verlängerung um mindestens drei Wochen ist erforderlich. Ebenso muß entweder eine Verlängerung der auf 12 Tage bemessenen Einspruchsfrist auf vier Wochen oder ein Zwischenraum von vier Wochen zwischen dem Ende der Eintragungsfrist und dem Beginn der Einspruchsfrist verlangt werden.

4. Die Vorschrift des Artikels 21, daß alle Beamten, die zu denen insbesondere die Lehrer gehören, sowie die Magistratsmitglieder, Guts- und Gemeindevorsteher, von jeder Mitwirkung in den zu bildenden Abstimmungsbehörden ausgeschlossen werden, ist ausschließlich gegen die deutschen Interessen gerichtet. Der Erfolg wäre, daß in der überwiegenden Mehrzahl der Abstimmungsbehörden jegliche Intelligenz fehlen würde, was perniciöse Willkür für und Tor öffnet.

5. Strafbestimmungen. Diejenigen, die eine Verletzung der Bestimmungen des Artikels 28, Absatz 5, Absatz 4 des Friedensvertrages darstellen und eine Beeinträchtigung des Abstimmungsergebnisses durch Drohungen oder Gewalt zum Ziele haben, sind nur mit geringen Mindeststrafen bedroht, dagegen sind in Artikel 37, 38 und 39 geschätzteren Vergeltung unter erheblich schwerere Mindeststrafen gestellt. In beiden Fällen ein gleiches Mindeststrafmaß herzustellen, erscheint mit Rücksicht auf die Sicherheit einer ungehinderten Abstimmung unbedingt erforderlich.

6. Die Bestimmungen des Artikels 27, daß lediglich durch die deutschen Behörden ausgewiesenen Personen das Recht zur Eintragungsgelungen haben, während dieses Recht den durch die Interalliierte Kommission Ausgewiesenen vorenthalten wird.

II. Diejenigen Bestimmungen, die nach deutscher Auffassung praktisch undurchführbar sein dürfen, sind in der beigefügten Zusammenstellung des näheren kenntlich gemacht. Die deutsche Regierung kann die Vorschriften für die Abstimmung nicht als Grundlage für die Volksabstimmung in Oberschlesien im Sinne des Friedensvertrages anerkennen. Sie bittet, dahingewirkt, daß sie einer Revision unterzogen werden.

Reipart Nachfolger Regiens.

Die zurzeit in Berlin laufende Vorbereitungen der Gewerkschaften wählte gelten der früheren württembergischen Arbeitsminister und Leiter des Arbeiterverbandes Theodor Reipart an Stelle des verstorbenen Regiens zum Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Gegen zu vieles Reden.

(Drahtbericht unterm Berliner Bureau.)

Die schon die erste Sitzung des Reichstages im neuen Jahre bewies, hat der Ruf nach dem Präsidenten Loh, sich im Reden einzukürzen, noch zu keinem rechten Ergebnis geführt. Der Reichstagsrat scheint immer noch Mittel zu einer Verbilligung der parlamentarischen Geschäfte zu suchen. In Zukunft soll das Ablegen der Reden verkürzt werden, und die Redegrenze soll eine halbe Stunde nicht überschreiten. Der Reichstagspräsident wird demnächst mit seinen Vorschlägen an die Fraktionen herantreten.

Der alte Zentrumsgesandte Spahn hat eine neue Geschäftsordnung ausgearbeitet.

Viktor Kopp abberufen.

(Drahtbericht unterm Berliner Bureau.)

Die wir hören, hat der Vertreter der Sowjetregierung in Berlin, Viktor Kopp, seinen Abberufungsbescheid aus Moskau erhalten. Sein Nachfolger ist noch nicht bestimmt.

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt hierzu, die Ursache der plötzlichen Abberufung liege darin, daß die Sowjetregierung

mit der Tätigkeit und den Erfolgen des Herrn Kopp zufrieden gewesen ist, weil es ihm nicht gelungen sei, die kommunistische Bewegung in Deutschland auf eine breitere Basis zu stellen, als wie sie sich gegenwärtig befindet.

Gib uns Barrabas frei.

Nach einer Blättermeldung aus Dresden wurde ein Aufruf der Kommunisten auf Begnadigung des Planen-Falleisen-Häuberhauptmanns Holz von allen anderen Parteien abgelehnt. Der Aufruf wurde erst am 1. Januar veröffentlicht, daß sich täglich einlaufenden Gnadengesuche bis zu 20 Stück häuften.

Siedlungs- und Wohnungsfragen.

Im Hauptauschuß des Reichstages wurde am Mittwoch über das Wohnungs- und Siedlungswesen verhandelt. Es wurde beschlossen, daß die Siedlungsfrage bei der nächsten Reichstags-Sitzung zur Sprache kommen soll. Die Siedlungsfrage ist die wichtigste der Wohnungsfrage. Die Siedlungsfrage ist die wichtigste der Wohnungsfrage. Die Siedlungsfrage ist die wichtigste der Wohnungsfrage.

Vogel in dem dichten Schatten der Bäume. Und dann war der Wald erfüllt von jubelnden Tönen.

Einmalig wirkte, daß der Wald eine Anzahl Höher hat in denen man sich nicht haufen konnte. War mancher, den der Wald nicht von Haus und Herd getrennt, hatte Lust zu in einem dieser Höher zu sein. Man war dort wenigstens gegen die Umhüllende Witterung geschützt. Und die mittelgroßen Dorfbesitzer, denen es ja auch einmal so gehen konnte, brachten ihnen Essen. Auch dürftige Mobiliar. Und so kam es, daß in manchen dieser Höher Tisch und Stühle und auch ein Bett war.

Und in einem dieser Höher hauste zurzeit Dymow. Mit Mühe und Not war er aus dem ersten Grade Sibiriens entflohen, wobei ihn das Nachwort des großen Schiffschiffers gesandt. Vor die Fahrt. Und wegen der hohen Gehälter. Auch Dymow hatte eine hübsche Tochter. Und auch diese gehörte Schiffschiffen. Doch Dymow war Russ. Er führte seine Tochter an die Bahn und schickte sie Verwandten nach Amerika. Der Polizeimeister schaute vor sich und eines Tages wurde Dymow gefangen gesetzt und wegen angeblicher revolutionärer Umtriebe auf administrativem Wege — ohne Gerichtsverhandlung — 10 Jahre nach Sibirien verbannt. Alles wurde ihm genommen, was er hatte. Die Frau starb bald vor Hunger und Gram und er wurde zum Bettler. Und in seinem Herzen hatte sich ein gewaltiger Haß gegen den Polizeimeister angeeignet. Und dieser Haß hatte es ihm auch ermöglicht, zu fliehen. Dieser Haß hatte in ihm eiserne Energie erregt. Und nun war er da. Und nun wollte er abrechnen.

Er brauchte nicht zu befürchten, daß man ihn finden würde in diesen Wäldern. Dies Geheimnis geben die Dorfbesitzer nicht preis. Der Herr und Gebieter hätte die Höher bloß aufsuchen lassen: um einem armen Teufel nicht die Möglichkeit zu geben, sich vor Wind und Wetter zu schützen.

Als Stokarski eintrat, fuhr Dymow erschrocken hoch. Als er ihn erkannte, ließ er erschrocken aufstehen: „Ah — du bist es!“

Stokarski sah ihm an und sagte: „Du bist es, den er bei Jakob mitgenommen.“

„Der heißt dir Jakob etwas Schnaps?“

„Jakob? Was macht mein alter Freund?“

„Stokarski: hob etwas die Achseln.“

„Es geht ihm nicht ganz gut!“

(Fortsetzung folgt.)

und beide Zusätze wurden angenommen. Ebenso für den nächsten Haushaltsplan 300 000 Mark zur Förderung gemeinnütziger Siedlerberatung, sowie die Volksausklärung über das Zielungsweien. Und 20 Millionen Mark zur Beschaffung von Wohnungen für reichsdeutsche Flüchtlinge aus den preussischen Grenzgebieten und dem Ausland, für die zwar Arbeit, aber keine Wohnung vorhanden ist. Mit der Beratung über diese Anträge war die Besprechung des Briefes verbunden, in dem ein maßgebender Beamter des Arbeitsministeriums nicht nur scharfe Angriffe gegen das preussische Landwirtschaftsministerium erhob, sondern sich ausdrücklich rühmte, er habe dazu beigetragen, daß derartige Angriffe auch in der Presse verbreitet würden. Der preussische Landwirtschaftsminister Herr Braun wies ergebend nach, daß die Angriffe unberechtigt sind und verurteilte scharf das Verhalten jenes Beamten im Reichsarbeitsministerium. Der Reichsarbeitsminister Dr. Braun erklärte, er habe keine Kenntnis von dem Briefe gehabt und mißbillige den Zwischenfall.

Bayern vor dem Reichstag.

Der Reichstag füllte seine erste Sitzung im neuen Jahre mit einer teilweise erregten Auseinandersetzung über einen Antrag der Unabhängigen aus, der von der bayerischen Regierung verlangt, daß sie die auf Grund des Artikels 48 für Bayern getroffenen Ausnahmebestimmungen außer Kraft setzen soll. Zweierlei hat diese lehrreiche Aussprache klar erwiesen: einmal, daß in Bayern tatsächlich Verhältnisse herrschen wie etwa während des Krieges unter der Diktatur Ludendorffs in ganz Deutschland. Zum anderen aber, daß es die Gewaltpräponderanz der Kommunisten sind, die der bayerischen Regierung die jadenstehende Begründung zur Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes liefern. Die Erwiderung des Reichsministers Koch auf die Antragsbegründung des unabhängigen Redners war noch nichtsfördernder als man hätte erwarten sollen. Er hofft auf Verständigung durch Verhandlungen mit der bayerischen Regierung. Im übrigen hütet er sich sorgsam, den Ton des bayerischen Löwen zu nahe zu kommen. Der bayerische Staatssekretär Schöweyer postulierte auf andere Mächte, als sie dem Reichsminister in Bayern zur Verfügung stehen. Er verlas die Erklärung, die ihm Herr von Raab oder Herr Dr. Heym oder sonst einer der Gewaltigen in Bayern aufgesetzt hat. Mit irgendwelchen sachlichen Vereinen für die Notwendigkeit des Ausnahmezustandes in Bayern gab sich Herr Schöweyer nicht ab. Seine Begründung lautet: Es gab einmal eine Räteregierung in Bayern, und auch jetzt halten Kommunisten mit Gewaltphrasen gepöbelte Reden. Wir aber wollen unsere bayerische Ruhe haben, und also bleibt es bei dem Ausnahmezustand, und der Reichstag hat uns da nichts reinzureden. Die Kommunisten führten während dieser Periode einige etwas anmutende Parolreden auf und machten Zurufe, die der bayerischen Regierung vermutlich sehr willkommen sein werden. Es machte unverständlich Einbruch auf das Haus, als nun unser erfahrener und besonnenere bayerischer Genosse Vogel in einer sachlichen und höflichen Rede die schweren Anklagen gegen die bayerische Regierung bestritt. Nach dem erdrückenden Material, das

Genosse Vogel vorbrag, ist nicht zu bestreiten, daß in Bayern mit allen Machtmitteln der Reaktion gegen die Arbeiterbewegung reagiert wird. Nichts geschieht gegen rechts, jeder Stoß geht gegen links. Neuerdings wird insbesondere die Sozialdemokratie aufs Korn genommen. Die Kommunisten sind inoffiziell mit bayerischen Regierungsspielen durchsetzt. Vielleicht braucht die bayerische Regierung ein Spektakelstück, um der Entente die Notwendigkeit der Einwohnerversicherung zu beweisen. Hoffentlich haben die bayerischen Kommunisten doch etwas mehr Verstand als ihre Freunde in Hensburg und Berlin und gehen nicht in die der ganzen Arbeiterbewegung gelegten Falle. Da noch zahlreiche Redner gemeldet sind, wird die Debatte erst am Donnerstag zu Ende gehen.

Aus der Provinz Schlessen.

Kreis-Konferenz Müllisch-Trachenberg.

Eine aus allen Teilen unseres ausgedehnten Kreises besuchte Kreis-Konferenz tagte am Sonntag, den 16. Januar in Müllisch im Lokal des Genossen Peter. Genosse Janotta führte in einstündiger Rede den Angehörigen die Wichtigkeit der bevorstehenden Wahlen unter besonderer Berücksichtigung der Wahlen der Kreis- und Provinzialparlamente vor Augen. Parteisekretär Kabisch beschäftigte sich mit den Organisationsaufgaben für die bevorstehenden Wahlen. Im Anschluß erfolgte die Nominierung der Kandidaten für die Provinzial-Parlamente. Es wurden folgende Genossen vorgeschlagen: Peter Müllisch, Matyba-Trachenberg, Wob-Freyhan und Hirt-Sulan. Bei der nunmehr vorgenommenen Aufstellung der Kandidaten zum Kreis-Tag wurden der Mehrheit folgende nachstehende Genossen empfohlen: Peter Müllisch, Kabisch, Klette-Korfen, Präsident Schlichter-Müllisch, Kühn-Schöberle, Helwig-Sulan, Richter-Freyhan, Matyba-Trachenberg, Anders-Schunlawe, Hoffmann-Trachenberg, Jäger-Krausnick, Frau Weber-Müllisch, Kupke-Dammie, Klotz-Seine, Wiesgott-Sulan, Laube-Trachenberg, Pöhl-Samiegerode, Wob-Freyhan, Birnhaube-Schöberle, Kohnig-Müllisch und Gröschel-Meln-Bargen. In der nun einsetzenden Aussprache sprachen sich die Genossen Wiesgott, Hoyer, Peter, Richter, Kurde, Köblich und Weber für eine umfangreiche Tätigkeit in organisatorischer Beziehung für die künftigen Wahlen aus. Um schließlich auch der Organisationsfähigkeit in dem durch die ungenügenden Verhältnisse abgelegenen Trachenberger Teil nachzukommen, wurde einstimmig beschlossen, den Genossen Hoffmann als zweiten Vertrauensmann neben Genossen Peter-Müllisch für den Kreis Müllisch-Trachenberg einzusetzen und dem Bezirksvorstand zur Berücksichtigung zu empfehlen.

Winternetter im schlesischen Gebirge.

Der schlesische Verkehrsverband schreibt uns: Während in der Ebene wieder Tauwetter herrscht, häuert das Winternetter im Gebirge an. Im Riesengebirge sind seit Dienstag anhaltende Schneefälle niedergegangen. In Ober-Schreiberhau beträgt die Schneehöhe bereits 10 Zentimeter bei 2 Grad Kälte. Saffahre und Nobelbahnen sind gut. Rummhübel ebenfalls 2 Grad Kälte, 5 Zentimeter Neuschnee, alte Nobelbahn bis Ober-Krummhübel, auch sonst gute Sportverhältnisse. Leichmannbaude: 4 Grad Kälte, 20 Zentimeter Neuschnee. Prinz-Heinrich-Baude: 5 Grad Kälte, 20 Zentimeter Neuschnee. Auf dem Kamme sind die Sportverhältnisse vorzüglich. Auch auf Wälsfelgrunb wird neues Schneewetter gemeldet, so daß die Schneefälle und Nobelbahnen gut sind. Der Autobusverkehr von Ebersdorf und Gabelsberg nach Wälsfelgrund wird nach wie vor aufrechterhalten.

Sörbis. Festnahme schwerer Jungen. Eine aus fünf Personen bestehende Einbrecherbande wurde hier festgenommen. Bei einer Hausdurchsuchung wurde ein großes Lager von geraubtem Kirchengut, wie goldene Ketten, Leuchter, Kronleuchter, Messingwände usw. vorgefunden. Die Gegenstände, die einen hohen Wert haben, rühren von Einbrüchen her, die in lutherischen Kirchen verübt worden sind. Den Einbrechern werden außerdem drei Morde zur Last gelegt. Die Festgenommenen sind vier Brüder Girlich und der Mechaniker Hartmann.

Antowitz. Handgranaten- und Pistolenfeuer. Am Montagabend wurde in einem Gasthause in Boguschkau ein Abtunungslokal von Geinbel entzündet. Als dieser sich mit anderen Beamten in das Haus eines Verbrechens in der Lägerin-Angstrahe begab, wurde auf die Beamten ein Handgranaten- und Pistolenfeuer eröffnet. Sie mußten den Raum räumen, erhielten aber Verletzungen, die das Haus umstellten. Hierauf sammelte sich eine große Menge von Zivilpersonen an und eröffnete ein regelrechtes, Stundenlang andauerndes Feuer, bis abermals Verletzung aus Antowitz eintraf. Die beiderseitigen Verluste sind noch unbekannt. Gegenwärtig werden Hausdurchsuchungen vorgenommen.

Bereinstatender.

Verband der Eisenarbeiter. Sonntag, den 23. Januar, vormittags 10 Uhr, im Zimmer 7 des Gewerkschaftshauses findet eine Verammlung sämtlicher Eisenarbeiter statt. Gründe die Obolen und alle Kollegen auf Plätzen, wo sich Lehrlinge befinden, diese auf die Verammlung aufmerksam zu machen. Tagesordnung: Rechte und Pflichten der Lehrlinge. Sozialdemokratischer Verein Kretsch (Land)-Kernmarkt. Freitag, den 21. Januar, vormalig nachmittags 6 Uhr, im Zimmer 10 des Gewerkschaftshauses: Sitzung des erweiterten Vorstandes. Alle Ortsgruppenführer werden ersucht, bestimmt zu erscheinen.

Gebr. Barasch

G. m. b. H.

Bedeutende Preisherabsetzung in Lebensmitteln

Mittwoch — Sonnabend:

schweineschmalz amerik. Pfund 14.75	Pa. Rasselrippenspeer 22.00
zier. dicker Speck amerik. Pfund 19.25	Rindertalg in Pfund-Pack. Pfund 15.50
Grün. " " Pfund 17.25	Knoblauchwurst Pfund 12.00
Brasil. Vollreis Pfund 3.50	Leberwurst . . . Pfund 12.00
Bruch-Reis . . . Pfund 3.00	Presswurst . . . 1/2 Pfund 9.00
Buckobst . . . Pfund 4.25	Kohlrabi in Scheiben 2 Pfund-Dose 2.65
Weisse Bohnen Pfund 1.90	Nering in Galce, 1 Pfund-Dose 4.75
Viktoria-Erbisen Pfund 2.20	Kond. Vollmilch mit Zuck. Dose 10.75
Linsen . . . Pfund 4.95	Frisch gebr. Kaffee 1/4 Pfd. 6.00
Kausthonig in Paketen Pfund 4.55	Schwarzer Tee 1/4 Pfund 6.20
Kakoschalen . Pfund 0.85	Reiner Kakao Belahardt Pfund 19.25
Gesch. Hirse . . Pfund 3.30	Ziegelkäse Auslandsware Pfund 8.00
Felst. Tafel-Margarine 12.50	Palmbutter . . . Pfund 16.50

Erfrischungsraum: 17770
Ausschank von Schultheiss-Vollbier

11. Schweineschmalz Pfund 14.50
Otto Ogrowsky.
Große Brodengasse 4/5.

Trinkt
Heidelbeerwein
als Tisch- und Glühwein
p. Fl. inkl. Steuer 8.—
Zur Beweile empfehlen wir
Breisgauer Weißwein
p. Fl. 14.40 inkl. Steuer
Apfelwein (Batem u. süß)
p. Fl. inkl. St. 6.50 bis 6.25
R. Wondo & Co.
Eisenbahnstr. 1 (am Rathaus)

Anzüge, Hosen, Stoffe,
Buttergüter sehr billig
Krywalski,
Bismarckstr. 7.

Karlstr. 30
Berren-Filzhüte
werden umgearbeitet bei
Freund & Krebs
Wenden Sie sich sofort bei
franzh. monatl. Ederungen 1817
nur an mich. Langjährige Erfahrung, Ständige Arbeit, b. m. Präparate. Viele wertvolle Dankschreiben. Frau D. schreibt: Heute habe ich mir Ihr Mittel und morgen hat der Erfolg ein. Preis 9 Mk., 15 Mk., extra 20 Mk. Summieren, Spülpräparat, Reizmittel. Katalog gegen 30 Pfg. Marken. Frau M. Böhm, Breslau II, Steinstr. 5, 5. W. v. G. v. G.

Inserate
erscheinen in der Volkswacht
den größten Erfolg!

Preisaus schreiben.
Wir beabsichtigen einige neue Spezialmarken herzustellen, für die wir passende Namen suchen und ersuchen deshalb an Interessenten diesen Versuch, sich an unserem Preisaus schreiben zu beteiligen. Der Name muß kurz und prägnant sein. Die drei besten Ideen sollen preisgünstig werden:
I. Preis 200.—
II. " " 100.—
III. " " 50.—
außerdem drei weitere Trophäen von je 100 Stück Zigaretten ohne Mundstück.
Vorschläge sind auf ein geschlossenes Kuvert zu schreiben, das Namen und genaue Adresse des Schreibers enthalten muß.
Einlieferungsfrist bis 31. Januar d. J.
Die Preisurteile sind an unser Kontor Preisurteil-Kommission, I., mit dem Vermerk: "Preisaus schreiben" zu schicken.
Zigarettenfabrik Thiemann & Co., Breslau
G. m. b. H.

Konfirmantenschuhe
in jeder Ausführung.
Ballschuhe
schw. Segeltuch, Ledersohlen
von 24.00 an 17.00
in großer Auswahl.
Spezial in jeder Marktl.
Jos. Kanjara
Höfchenstrasse 61.
Die Großindustrie des Saurebrot
Preis: halbes Brot 1.00 Mk.
Zu beziehen durch die Buchhandlung der Volkswacht.
Breslau 11.

17617



Achtung! **Achtung!**

Mitglieder

in unseren Abteilungen

für

Bekleidung u. Schuhwaren

Kupferschmiedestraße 31
Neumarkt 12
Weinstraße 72

dauert der

Inventur-Ausverkauf

noch bis

Sonnabend, den 22. Januar, abends 6 Uhr.

Die Preise sind bedeutend herabgesetzt.

Mitglieder
benutzt diese günstige Gelegenheit.

Inventur-Räumungs-Verkauf

Mein diesjähriger

beginnt **Montag, den 24. Januar, früh 9^{1/2} Uhr**

Bei meinen bekannt guten Qualitäten

Bei meiner bekannt großen Auswahl

Bei meinen bekannt billigen Preisen

ist das **Riesen-Lager** jetzt noch bedeutend im Preise herabgesetzt.

Jedes Kleidungsstück trägt deutlich den bisherigen und jetzigen herabgesetzten Verkaufspreis, so daß die Vorteile, welche ich an den **Inventur-Verkaufstagen** biete, **greifbar** sind.

Achten Sie auf meine nächsten ausführlichen Angebote

Kreutzberger Breslau

Neuschest. 7

Schlesiens größtes Spezialhaus der Herren- und Knaben-Bekleidungsbranche



Stadt-Theater.
Donnerstag 7 Uhr.
Evenc.
Junges Mädchen.
Pierrot Bagdett.
Comed. 7 Uhr: Scherzoper.
Lotto-Theater.
Zahl. 7 1/2: Die fünf Frauen.
Theater-Theater.
Zahl. 7 1/2: Die Wildente.
Schauspielhaus.
Dienstag 8 Uhr. Zeit. 10.30
Comed. 8 Uhr. Comed.
Comed. Dienstag 7 1/2 Uhr.
Der letzte Walzer.
Freitag 7 1/2 Uhr.
Die Gipsbarone.
Comed. nachm. 3 1/2 Uhr.
Die Frau im Hermelin.
Freitag 7 1/2 Uhr.
Der Himmelskrieger.
Dienstag 7 1/2 Uhr.
Der liebe Augustin.

Liebig-Theater
Freitag 7 1/2 Uhr.
Der große Erfolg des
Januar-Programms

Kollidier: Union Kollidier
Hoftheater 1. - 222.

Zeltgarten
Nach wie Licht 7 1/2 Uhr.
Die brillanten
Spezialitäten

Dominkaner!!!
Die im Jahr 1870-71.
Der Zimmer Nr. 15.
Die reizen 6. 6. 6.
Wer kommt am 1. Februar?

ZEPTER-KINO
Sensation-Programme
Von Grafen zum
Stiefelputzer. 8 Akte
oder New-York-Paris
i. u. H. Teil. Große
Sensation.

Prof. Zahnarzt
5 Akte:
Die bei allen
Zahnleiden
die Zahn
die Zahn

Die bei allen
Zahnleiden
die Zahn
die Zahn

Schauburg
Victoria-Theater
Neue Taschenstrasse
Heute 5-11 Uhr. Theater - Variété - Film
Heute letzter Tag!
Film-Schau! Erstaufführung für
Schlesien!
Der große Breslauer Erfolg!
Der italienische Sensationsfilm!
Der „fürstliche“ Abenteurer Akte
oder

Ruffalo der Mann der Welt
Theater-Schau! Neu für Breslau! 17663
Persönliches Leben
Gerhard Dammann u. Hansi Dege
in dem Film-Operettenspektakel:
Der Ersatztenor 4 Film- u.
4 Bühnen-
Bilder
Variété-Schau! Chung-Ling-Hoo
Die geheimnisvollen Chinesen
Vorauszeit! Ab 21. Januar:
? Nirvana ? 36 Akte.

Etabliiss. Wilhelmsburg
Beste
Kondition: **Großes Konzilfröhchen.**
Nächsten Sonntag: Maskenball

Konzerthaus Wappenhof
Donnerstag, den 20. Januar
3. Strauß-Konzert
unter persönlicher Leitung des ehemaligen
Hofkapellmeister-Direktors
Johann Strauß
aus Wien.
„Der Walzerkönig Johann Strauß
und seine Zeit“.
Sonntag, den 22. Januar
Letztes Strauß-Konzert
„Wien, wie es einst war“
(Ein Abend im Wiener Volksprater).
Anfang 7 Uhr.
Vorverkauf bei Hahnemann, Schweditzerstr.
und im Konzerthaus Wappenhof.

Gröffnung: Sonnabend

Dom-Stübel
Schweidnigerstr. 36
Ant. Fritz Preuss.
Salemky Edel-Sitöre
Spezialität
Breslauer Dom

KROKER
WIDENDAMM
TANZ
MONTAG
DONNERST.
SONNTAG
WEINDIELE

Jivoli
Sittspiele
Hauptstraße 35
Heute letzter Tag!
Das große Programm
Der Todfeind
Ein Kriminal-
u. Überwachungs-
Drama.
Das Mischen
aus der Pyramide
Ein Liebesroman
voll hochspann.
Handlung.
Rak gewahrt
das neue
aus dem
Himmels
Liedspiel.

CIRCUS BUSCH
Noch wenige Tage!
Feuer-Aphrodite
Lebender Stalobuch
Todeskampf
Am Freitag, 21. Januar
Antrag der zu Weibert
wegen Verurteilung:
Ein Schmeppespaar
mit 6 Zirkeln zu ziehen!
Sichern Sie Ihre Plätze
im Vorverkauf.

Die Sozialdemokratie
im Urteile Ihrer Gegner
170 Seiten Text, gut broschiert
nur Mk. 1.50, Porto 80 Pfg.
Buchhandlung Volkswacht
modernes Antiquariat.

Breslauer
Sohn-Marko
„Gold u. Silber“
Liquor
Birn & Cognac
Paul Glätzl
Korn-Brennerei,
Breslau 10
Resort
thaleser, 11.70
Echt Brv.
Indisgenos.

Masken-Rostum-Verleihung
Franz Nachf.
Inh. M. Wierberg
Messergasse Nr. 50.

Telefon Ohle Nr. 738
Wartburg
Telefon Ohle Nr. 738
Inh.: Wih. Stoye
Konzeri- u. Gesellschaftshaus
Gröbtschauerstraße 94 a
Heute sowie jeden
Donnerstag
Vornehmer Ball

Die empfehlen:
Jan Gramatzki: **Der Kristall.**
Roman, 407 Seiten.
Gebd. nur 5.— Mk., ausw. 80 Pf. Porto.
Buchhandlung Volkswacht, modernes
Antiquariat, Breslau III.

Otto
Stiebler
Lebensmittelhaus
Zwingerplatz 5 u. Filialen
bietet bedeutend billiger an
von neuen Ankünften
in frischen, guten Qualitäten
Prima weißes amerikan.
Schweineschmalz unver-
mischt Pfd. 14.00
Prima Tafel-Margarine Pfd. 11.50
Prima amerikanischer
Hochspeck frische Ware,
delikat schmeckend . Pfd. 19.25
Breslauer Speck
(Magistratsware) . . . Pfd. 14.60
Delikate
Kaltersüßer Würstchen Paar 1.80
Kunstheilig in 1/4 Pfd.-Pak. 4.50
Kosmos-Brot Pfd. 2.50
Tafelreis mittel . . . Pfd. 3.10
Bester schneeweißer
Tafelreis, der bisher preis-
werteste Reis a. Markt, Pfd. 3.80
Prima Vollkornbrot mittel St. 0.45
Prima Vollkornbrot groß St. 0.55
Kaffee Pflanzungen . . Pfd. 4.50
Beber sonstige Preis-Eräßigungen
unterrichten Sie uns, Schanzenstr. 1
Vorverkauf nach auswärt.
Schneef. Breslau.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 20. Januar 1921.

Sozialdemokratischer Verein.

Auf, alles in die heute Abend um 7 1/2 Uhr stattfindenden sechs Wähler-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

- „Wratislawia“, Mauritiusplatz 2,
- „Bergleiter“, Reichshausstraße 33,
- „Zentral-Vollsaal“, Behndstraße 60/62,
- „Fürstentronen“, Fürstentronenstraße 32,
- „Grüner“, Popelwitzstraße 36,
- „Grüner Vollsaal“, Gablitzstraße 20.

Abteilungsleiter! Von jeder Versammlung ist sofort ein Kurzer Bericht zu schreiben und sofort nach der Redaktion zu geben. Nur wenn derselbe bis spätestens 8 1/2 Uhr in der Redaktion ist, kann er noch gebracht werden.

Direkt 20. Sonnabend, den 22. Januar, abends 7 Uhr bei Uletski, Trebnitzplatz 7, Zusammenkunft aller Funktionäre und Wähler. Alles muß erscheinen.

Schweres Unglück bei einer Kindervorstellung.

5 Kinder tot.

Am Mittwoch nachmittags sollte in Räumen der Klein-Pauer Schule ein vom „Jugendkampf“ für die Schulen des Oberrheins veranstalteter Märchenvortrag mit Erläuterung von Lichtbildern stattfinden. Der Beginn war auf 4 Uhr angesetzt, aber schon um 2 Uhr sammelten sich dort gegen 1000 Kinder an, um die besten Plätze zu erobern. Der Vortrag sollte in einem Kellerraum stattfinden, der etwa 150 Kinder fassen kann und zu dem eine eifelhafte, etwa 1 1/2 Meter breite Treppe hinabführt. Man kann sich vorstellen, welches Gedränge hier begann, als die Uebermenge von Kindern heruntereilte. Von den Veranstalterern war niemand da, die Schulleitung scheint gar nicht in Anspruch genommen worden zu sein, kurz, niemand führte die Aufsicht, Gewalt ging hier vor Recht, und so war das traurige Ergebnis unausbleiblich: die Kinder auf der Treppe und in dem engen Vorraum wurden zusammengepreßt, wurden ohnmächtig, brachen zusammen und erstickten in der durch das Gedränge entstandenen Hitze und schlechten Luft. Als schließlich jemand von der Leitung erfuhr, wurde sofort die Feuerwehr herbeigerufen, die dem Gedränge Einhalt tat und die Kranken und Toten herausjagte. Zwölf Kinder wurden von ihr in das Allereheligen-Hospital gebracht, fünf waren aber bereits tot, 17 wurden in das St. Georgs-Krankenhaus transportiert, von denen 14 durch die Eltern abgeholt worden sind, jedoch drei im Krankenhaus verblieben.

Wie wir heute morgen von der Verwaltung des Allereheligen-Hospitals hören, besteht Hoffnung, die verletzten Kinder am Leben zu erhalten. Allerdings haben sie zum Teil schwere innere Verletzungen erlitten, so daß mit Sicherheit sich nichts sagen läßt.

Wie uns weiter mitgeteilt wird, ist die Kindervorstellung durch den „Jugendkampf“ ohne Befragen der Elternbeiräte mit dem Lehrer Enderwitz veranstaltet worden. Die Leiter des „Jugendkampf“ haben jedenfalls eine bedauerliche organisatorische Unfähigkeit bewiesen, sie haben keine Sorgfalt vermissen lassen, nicht wäre das Unglück einfach unmöglich gewesen. Man denke an die zahlreichen Kinderveranstaltungen unseres Bildungsausschusses, an die Transporte nach Dänemark, bei denen ein viel schwierigeres Kindarbeit zu leisten war, aber es ist nie auch nur der geringste Unfallsfall eingetreten. Leute, die nicht die Fähigkeit haben und das nötige Verständnis, sollten ein für alle Mal die Finger davon lassen. Gerade bei Kindern, bei denen man doch nicht die Vernunft und Einsicht Erwachsener voraussetzen kann, ist ganz besondere Sorgfalt und Vorsicht — Liebe zur Sache am Platze. Von alledem hat hier die Leitung des „Jugendkampfes“ nichts merken lassen.

Die Namen der toten Kinder sind: Erwin Reibner, Mehlgasse 56, Kurt Böhm, Elbingstraße 5, Fritz Brodel, Ottostraße 20, Fritz Sinder, Mehlgasse 62 (?). Ein Mädchen ist noch nicht rekonstruiert.

Die bisherige Tätigkeit der Abteilung des Magistrats für Kleinwohnungsbaun (Büro XXII).

Vom Presseamt des Magistrats wird uns geschrieben: Als die Abteilung Ende 1918 unter dem Druck der Wohnungsnot zu Fürsorgemaßnahmen für den Wohnungsbau ins Leben gerufen wurde, stand sie sehr schwierigen Aufgaben gegenüber, denen sie nur durch Anwendung außerordentlich hoher Mittel der Stadtgemeinde gerecht werden konnte. Ihre Wirksamkeit galt insbesondere der Unterstützung der Neubautätigkeit, der Wiederbelebung des privaten Wohnungsbaus und der Errichtung städtischer Bauten in eigener Regie.

Für die Neubautätigkeit wurden bis jetzt (einschließlich der Mittel für den Wohnungskommissar) rund 12 1/2 Millionen Mark aufgewendet; weitere 4 Millionen sind in der letzten Periode vorgezogen. Aus diesen Mitteln sind zum wohnlichen Ausbau geeigneter Räume in vorhandenen Gebäuden an Hausbesitzer Bauhilfen für insgesamt rund 1900 Wohnungen gewährt worden, und zwar für 124 Keller, 399 Dach-, 338 Erdgeschoss- und 381 Wohnungen im 1.—4. Stockwerk. Mit den von der Magistratsabteilung unmittelbar in Kasernen und Privathäusern ausgebauten rund 200 Wohnungen sind außer den Wohnungsbautätigkeiten durch den Wohnungskommissar

insgesamt 2100 Wohnungen geschaffen worden, was etwa einer normalen jährlichen Friedensneubautätigkeit entspricht. Als Durchschnittskosten für 1 Quadratmeter Wohnungsfäche ergaben sich im Jahre 1920 bei Dachausbauten 345 Mark und bei Kellerwohnungen 270 Mark, als Durchschnittsbaukosten 295 Mark bei Dachwohnungen und 225 Mark bei Kellerwohnungen, und als Durchschnittspreis der

Wohnungen 37 Quadratmeter. Vom Reich und Staat sind für Kleinwohnungen 3 1/2 Millionen Mark Baubehilfen bereitgestellt worden, die für den gleichen Zweck wieder Verwendung gefunden haben.

Das Ergebnis der privaten Neubautätigkeit in den zwei Jahren bleibt trotz wesentlich höherer Aufwendungen zahlenmäßig weit hinter dem der Neubautätigkeit zurück, eine Tatsache, die in den außerordentlich hohen Herstellungskosten eines Neubaus einerseits, der Bindung der Mieter durch die Höchstmietensbeschränkung andererseits ihre Erklärung findet. Zur Deckung der Ueberdeckung sind vom Reich und Staat rund 12 1/2 Millionen übergeben und rund 7 1/2 Millionen Mark von der Stadtgemeinde bereitgestellt worden. Weitere rund 13 Millionen Mark sind vom Reich und Staat hauptsächlich zur Sanierung vorjähriger Bauvorhaben angefordert, zum Teil schon bereitgestellt. Nach den gesetzlichen Vorschriften wird auch die Stadtgemeinde einen Anteil zu den von Reich und Staat bewilligten Sanierungszuschüssen zur Verfügung zu stellen haben.

Trotz dieser hohen Aufwendungen war eine erhebliche Einschränkung des ursprünglichen Bauprogramms notwendig. Statt der vorgesehenen 741 Wohnungen gelangen nur 473 zur Ausführung. Die Ueberweisung von 4 797 000 Mark Reichsdarlehen im Mai 1920 — statt der bisherigen, nicht rückzahlbaren Zuschüsse — brachte infolge der gänzlich unzulänglichen Einbehalte für den Quadratmeter Wohnfläche nicht die erhoffte Belebung der Neubautätigkeit. Im Gegenteil, die Baunoth nach wie vor zu und auch der neue Bauabschnitt mußte von 593 Wohnungen auf 198 Wohnungen eingeschränkt werden. Das überhaupt mit Reichsdarlehen gekaufte werden kann, wird nur dadurch ermöglicht, daß die Stadtgemeinde als Anteil an den Bauforderungen das Mitschneiden zum Reichsdarlehen ein Mehrfaches dieses Betrages übernommen hat. Träger der privaten Neubautätigkeit sind hauptsächlich die hier bestehenden gemeinnützigen Baugenossenschaften. Die Siedlungs-Gesellschaft Breslau N.O., deren Hauptaktionärin die Stadtgemeinde ist, ist erfreulicherweise mit ihren Arbeiten so reich vorwärts gekommen, daß sie bereits sowohl in Jümpel, als auch in Pödelwitz eine größere Anzahl bezugsfertiger Wohnungen hat vergeben können. Der Rest der begonnenen 261 Wohnungen wird in kürzester Frist fertiggestellt sein. Die Stadtgemeinde selbst hat auf Dirrberger Gelände 180 Wohnungen mit Kleingartenland geschaffen, die bereits seit längerer Zeit bezogen sind.

Ob die für 1921 zu erwartenden Reichs- und Staatsmittel eine regere Neubautätigkeit zulassen und die Städte finanziell entlasten werden, oder ob die Verabschiedung des Mietssteuergesetzes für die Städte ausreichende Mittel für den Wohnungsbau zuführen wird, bleibt abzuwarten. Zu verkennen ist nicht, daß die städtischen Aufwendungen nicht nur zur Behebung der ärgsten Wohnungsnot, sondern in hervorragendem Maße dazu beitragen, ein weiteres Umsichgreifen der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe zu verhüten.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

V. A. Immer größer wird die Zahl der Arbeitslosen, immer höher werden die Anforderungen, die die Arbeitslosenfürsorge an Reich, Staat und Gemeinden stellt, ohne produktive Werke zu schaffen. Dabei gehen große Werte an Hausbesitz dem Reich entgegen und vermehren die immer unerträglicher werdende Wohnungsnot beständig. Mit großen Aufwendungen, die von der Allgemeinheit getragen werden müssen, ist es nur möglich, jenseits Wohnungen herzurichten, als durch diesen unbrauchbar werden. Die Wohnungsnot kann also durch diese Aufwendungen nicht behoben werden. Es liegt somit im volkswirtschaftlichen Interesse, daß die Gebäude und Wohnungen mit anderen Mitteln vor dem Verfall bewahrt werden. Wie bereits mehrfach mitgeteilt, ist es den Vermittlern des Landesarbeitsamtes Breslau und des städtischen Arbeitsamtes gelungen, beim Reichsamt für Arbeitsvermittlung einen Kredit bis zu 4 Millionen Mark für Reparaturen an und in Hausgrundstücken zu erwirken. Aus diesem Kredit erhalten Hausbesitzer wie Mieter, die Reparaturen an Häusern oder Wohnungen vornehmen lassen, einen Zuschuß zu den gezahlten Löhnen in Höhe des doppelten Betrages der erparten Erwerbslosenunterstützung. Näherer Auskunft erteilt das städtische Wohnungsamt, Grünstraße 39, Ede Franzelplatz. Allen Hausbesitzern und Mietern, die Reparaturen an Häusern oder Wohnungen vornehmen wollen, ist dringend zu raten, halbmöglichst entsprechende Anträge beim städtischen Wohnungsamt zu stellen, da die Zuschüsse nur bis 31. März 1921 gewährt werden und weil die zunehmende Arbeitslosigkeit, besonders im Baugewerbe, dringend der Abhilfe bedarf.

Die Erhebung von Gebühren bei dem Mietsvereinigungsamt.

Das Magistratspresseamt schreibt: Zu dem unter obiger Ueberschrift erschienenen Artikel in Nr. 1 der Hausbesitzerzeitung vom 6. Januar 1921 bemerken wir folgendes: Die Erhebung von Gebühren u. a. die Rückerstattung harter Auslagen wird durch § 14 der Mieterschutzverordnung vom 23. September 1918 geregelt. Die Mieterschutzverordnung ist ein Reichsgesetz, auf Grund dessen das Mietsvereinigungsamt ohne weiteres die Erhebung von Gebühren anordnen und ferner bestimmen kann, wer die haren Auslagen zu tragen hat. Das preußische Kommunalabgabengesetz vom 14. Juli 1893 findet daher auf die Erhebung von Gebühren beim Mietsvereinigungsamt keine Anwendung. Die Parteien, welche in den vor dem Spruchauschuss des Mietsvereinigungsamtes behandelten Sachen eine Kostenrechnung erhalten, tun also gut, zur Vermeidung von Unannehmlichkeiten und Mehrkosten die in Rechnung gestellten Beträge zu bezahlen, da nach § 14 der Verordnung für das Verfahren vor den Einigungsämtern vom 23. September 1918 die Entschädigung des Einigungsamtes über die Gebühr und die haren Auslagen vollstreckbar ist.

Abfertigung! Neu zugezogene Oberjäger!

Alle Oberjäger, welche seit 1. Januar 1904 oder früher ihren Wohnsitz in Oberschlesien gehabt haben und nach dem 1. Oktober 1920 nach dem unbefestigten Deutschland verzogen sind, müssen selbst dafür sorgen, daß sie in der Gemeinde eingetragen werden, in der sie am 1. Oktober 1920 ihren Wohnsitz hatten. Jeder unterziehe sich der Mühe und schreibe noch heute an das deutsche Plebiszit-Kommissariat oder Unterkommissariat seines damaligen Wohnortes. Die größte Eile tut not.

Kein Streit der Hausmeister.

In einer am 17. Januar tagenden vollbesetzten Mitgliederversammlung der Hausmeister-Bund im Gewerkschaftshaus wurde zu dem am 9. Januar in der „Vormittagszeitung“ erschienenen Artikel „Vertreibung des Einheits-Stellungsgenossens“ und die Tatsache festgestellt, daß der Streit nicht, wie die Herren Hausbesitzer in demselben Artikel behaupten, von den Hausmeistern abgeleitet wurde, sondern, daß die Vertreibung die Anweisung ergab, von einem Streit vorläufig Abstand zu nehmen, bis der erdultige Ausschuss der Wohnungsausschusses beschlossen hat. Die Vertreibung hatten die Verammelten, das für diesen für ihre Lohnabfertigung so wichtigen Beschluß der Wohnungsausschusses. Sämtlich Breslauer die Rechtsverbindlichkeit für beide Parteien ausgesprochen hat.

Berner wurde von Kollegen Runast die Mitteilung gemacht, daß bis jetzt von 700 Hausmeistern, denen der Laiz

unterbreitet wurde, 25 denselben ablehnten, und der Verband gestungen ist, Klage gegen diese Herren zu erheben. Es wird nun Sache der Hausmeister sein, durch festen Zusammenhalt in ihrer Organisation für strikte Durchführung des Tarifes zu sorgen.

Vom Arbeiterbildungsausschuss.

Wissenschaftsberatung.

Zu dem zweiten Julius von Siedler Rat Professor John und noch einige Dauerkarten zum Preise von 6 Mark in der Volksmacht-Buchhandlung erhältlich. (Einzelposten 1.50 Mark, für das Keller-Haus 2.50 Mark.) Die nächsten Vorträge am 23., 30. Januar und 6. Februar von 9—10 Uhr im Museum der bildenden Künste und am 6. Februar um 10 1/2 Uhr durch die Kunstschule des Reiches in der Schenke behandeln die neuere und neueste Malerei, also ein Gebiet, das auch demjenigen Freude machen wird, dem die Kunst der alten Meister früherer Jahrhunderte nicht so recht verfallen ist.

Volksvorstellungen des Arbeiterbildungsausschusses.

Sonntag, den 23. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Volkstheater „Lindertragedie“ und Dienstag, den 25. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Thalia-Theater „Die Wildente“. Wickets werden bis Sonnabend um 10 Uhr im Zimmer 36 des Werkstättenhauses gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches des sozialdemokratischen Vereins und der Theaterkarte für beide Vorstellungen ausgegeben.

Ein Kind gemordet.

Am Dienstag stand der 27 Jahre alte Arbeiter August Schönefelder aus Breslau vor dem Schwurgericht, um sich wegen Mordes zu verantworten. Sch. hat den ganzen Krieg mitgemacht, ist mehrere Male auch verwundet worden, darunter auch durch einen Bauchschuß und schließlich geriet er in französische Gefangenenschaft. Während seines Urteils im Jahre 1918 lernte er die Arbeiterin Maria Meißel kennen. Als Sch. dann im Februar 1920 aus der Gefangenenschaft kam, lebte er zur Meißel zurück, wo er auch das Kind vorband. Da er arbeitslos war, bezog er die Arbeitslosenunterstützung, ging aber häufig auch mit dem Kinde betteln. Am 23. Juni frühmorgens entfernte er sich wiederum mit dem einjährigen Kinde. Nun soll er nach der Anzeige, dem Kinde am 24. oder 25. Juni Verletzungen mit einem Messer beibrachte und es schließlich am 26. Juni getötet haben, indem er das Kind fest an sich drückte, seinen Mund auf den des Kindes preßte, bis es erstickt war.

Die Verhandlung wurde aber vertagt, da die Mutter des Kindes an Gerichtsstelle erscheinen soll, die sich gegen wärtig im Rheinlande aufhält.

Eisenbahnschule zu Breslau.

Im Juli vorigen Jahres fand in Berlin, wie uns mitgeteilt wird, eine Sitzung der Leiter sämtlicher Fach- und freien Hochschulen für Eisenbahner, zu der auch die bestehenden vier gewerkschaftlichen Großorganisationen der Eisenbahn-Beamten und Arbeiter Vertreter entsandt hatten, statt, in der ganz einschneidende Beschlüsse in Bezug auf deren Organisation und Verbesserung gefaßt wurden. In Zukunft werden die bestehenden Großorganisationen Träger der für ihre Mitglieder bestehenden und noch zu schaffenden Ausbildungseinrichtungen sein, die aus Zweckmäßigkeitsgründen fortan den Namen „Eisenbahnschulen“ führen sollen. Der Sitz der Hauptschule ist Berlin, ihr werden alle schon vorhandenen und noch zu gründenden Zweiganstalten, deren Gebiet ganz Deutschland umfaßt, unterstellt. Die Gliederung erfolgt den Eisenbahndirektionen entsprechend in gleiche Schulbezirke, für welche eine besondere Schulleitung eingesetzt wird. Alle Schulen werden einheitlich organisiert und geleitet, sobald es einem jeden Eisenbahnarbeiter- und Beamten möglich wird, in nächster Nähe seines Wohnortes eine Schule zu besuchen und seine Ausbildung selbst im Falle einer Beförderung in seinem neuen Wirkungskreis ohne Zeitverlust fortzusetzen.

Der Unterricht erstreckt sich auf alle Gebiete, welche für den Eisenbahnbetrieb in Frage kommen. Außerdem finden praktische Übungen im Betriebe, sowie Befähigungen großer, moderner, gewerblicher Anlagen statt. Ferner sind wissenschaftliche Vorträge mit Lichtbildern und Filmvorführungen, sowie Experimentialvorträge vorgesehen. Es ist beabsichtigt, auch hier in Breslau eine Zweiganstalt nach dem vom Verband beschlossenen Stundenplan einzurichten. Die Vorarbeiten sind bereits soweit fortgeschritten, daß die Schule voraussichtlich Ende Februar eröffnet werden wird.

Auf die Gewinnung tüchtiger Schriftkräfte (Kadetten beim Fachlehrer), wird die Schulleitung besonders Wert legen, jedoch jedem Eisenbahner Gelegenheit gegeben wird, umfangreiche Kenntnisse zu erwerben und dadurch sein Fortwärtkommen zu erleichtern.

Auskunft jeglicher Art erteilt der kaufmännische Leiter Herr Grabelle, Einbaumstraße 7, oder Eisenbahn-Direktion, Zimmer 439.

* 25 Jahre „Volksmacht“-Leser. Die Genossen Schneidermeier Pasche und Kranzentrassen-Anschleifer Paul K. B. I. lesen die „Volksmacht“ seit Januar 1896! Wir wünschen die Genossen noch eine mindestens gleich lange Zeit, in der sie ihre und unsere gemeinsamen Kampfes-Erfolge genießen können.

* Stadt-Theater. Heute abend 7 Uhr: „Lulu“. Morgen Freitag abend 7 Uhr: „Nikatos-Sozial“. Sonnabend 7 Uhr, zum 6. Male in dieser Spielzeit: „Königskinder“.

* Gegen Wucher und Scheinhandel. Die Amtsgerichte zu Breslau, Trebnitz, Neumittelwalde, die Schöffengerichte zu Breslau, Neumittelwalde und Lublitz und die Strafammer zu Oppeln haben in der Zeit vom 6. November 1920 bis 1. Januar 1921 in 13 Fällen, bei denen es sich um Ueberletzung des Wucher- und Scheinhandelsbestimmungen handelte, auf Geiseln in Höhe von 200 bis 6000 Mk. erkannt. Daneben wurden in drei Fällen Pfandstrafen von 1 Tage bis 6 Monaten ausgesprochen. Die höchste Geiselnstrafe ausdahlend 1000 Mark Geiselnstrafe wurde dem Handelsmann Hugo K. B. e. m. n. hier, Schenckstraße 9, wegen Wuchers und Höchstpreisübertretung die höchste Geldstrafe von 5000 Mk. ausdahlend 1 Monat Gefängnis, außerdem 300 Mk. Geiselnstrafe (gegebenenfalls eine weitere Gefängnisstrafe von 1 Tage für je 15 Mk.) dem Wucher- und Scheinhandeler Carl K. B. e. m. n. hier, Gerichtstraße 12 wegen fortgesetzten Scheinhandels, wegen Abhängigkeit von Beamten in Tateinheit mit Verleitung und wegen Beleidigung in einem weiteren Folle-gesetz.

* Rede im Werte von 25 000 Mark wurde mittels der Kommissar Lorenzstraße 19 mittels Einbehalts entnommen. Schon am nächsten Tag vermochte die Kriminalpolizei, die Waise zu ermitteln und zu beschlagnahmen, was nun nicht nur als des Diebstahls Verdacht ein Richter und ein Richter abgegeben werden.

